



Ulrich Kelber

Mitglied des Deutschen Bundestages
SPD-Fraktion

Bundeshaus Berlin

Platz der Republik 1 (UdL 50)
11011 Berlin
☎ (030) 227 – 700 26
📠 (030) 227 – 760 08
✉ Ulrich.kelber@bundestag.de
www.kelber.de

Bürgerbüro Bonn

Clemens-August.-Str. 64
53115 Bonn
☎ (0228) 280 31 35
📠 (0228) 280 31 36
✉ Ulrich.kelber@wk.bundestag.de

Ulrich Kelber, MdB · Clemens-August-Str. 64 · 53115 Bonn

CDU-Kreisverband Bonn
Frau Vorsitzende
Dr. Pia Heckes
Eduard-Otto-Str. 34

53129 Bonn

Bonn, den 20. April 2004

Unwahrheit im Kommunalwahlprogramm des CDU-Kreisverbands Bonn

Sehr geehrte Frau Dr. Heckes,

nach meinen Informationen hat der Kreisvorstand der CDU für die Mitgliederversammlung am 24. April einen Vorschlag für ein Kommunalwahlprogramm unterbreitet.

Jetzt ist man unter politischen Konkurrenten sicherlich in der Regel unterschiedlicher Meinung, was die Qualität der politischen Aussagen der jeweiligen Konkurrenz angeht. Hier wird es sicherlich noch zu politischen Diskussionen in der nächsten Zeit kommen.

Als Bonns Bundestagsabgeordneter möchte ich Sie aber auf eine heftig **wahrheitswidrige Aussage** in Ihrem Entwurf aufmerksam machen und Sie eindringlich auffordern, hier die entsprechenden Korrekturen noch vor dem 24. April vorzunehmen.

Auf Seite 4 Ihres Entwurfs für das Kommunalwahlprogramm schreiben Sie:

„Bonn ist eine international anerkannter Universitäts- Wissenschafts und Forschungsstandort. Allerdings leiden die Universität und die zahlreichen Wissenschaftseinrichtungen wie der Deutsche Akademische Auslandsdienst (DAAD), die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), die Alexander-von-Humboldt-Stiftung (AvH) und Institute der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) substanziell unter der rot-grünen Landes- und Bundesregierung.“

Ich will jetzt gar nicht die zahlreichen neuen und erweiterten Förderungen des Wissenschafts- und Forschungsstandortes Bonn durch Landes- und Bundesregierung aufzählen, sondern nur auf die Finanzierung der von Ihnen genannten Institutionen DAAD, DFG, AvH und MPG eingehen, für die die Bundesregierung Verantwortung trägt. Sollten diese Institutionen tatsächlich „substanziell unter der rot-grünen Bundesregierung leiden“, müsste man ja Etatkürzungen oder wenigstens Stagnation der Zuschüsse erwarten dürfen.

Wie sieht die Entwicklung in den sechs Haushaltsjahren, für die die rot-grüne Bundesregierung Verantwortung trägt, im Vergleich zu den Zahlen der früheren CDU-geführten Bundesregierung (letzter Haushalt 1998) aus? Ich habe dazu in öffentlich zugänglichen Quellen, unter anderem der Websites der Institutionen und des Finanzministeriums, recherchiert. Hier die Ergebnisse:

- Die Förderung der MPG durch die rot-grüne Bundesregierung stieg seit 1998 (401 Mio. €) bis 2004 um 17% auf 484 Mio. €
- Die Mittel für die DAAD von Seiten der rot-grünen Bundesregierung stiegen seit 1998 (40,8 Mio. €) bis 2004 um 23% auf 50,2 Mio. €.
- Der Zuschuss der rot-grünen Bundesregierung für die DFG stieg seit 1998 (547,9 Mio. €) bis 2004 um 36% auf 746,6 Mio. €.
- Der Beitrag der rot-grünen Bundesregierung für die AvH stieg seit 1998 (12,9 Mio. €) bis 2004 um 37% auf 17,7 Mio. €. Nur zum Vergleich: In den sechs Jahren CDU-geführter Bundesregierung von 1992 bis 1998 sanken die Mittel für die AvH um 0,7%.

Angesichts dieser deutlich gesteigerten Mittel für die Bonner Forschungsinstitutionen durch die rot-grüne Bundesregierung lassen sich die Behauptungen in dem Entwurf Ihres Wahlprogramms wohl kaum mehr aufrechterhalten. Mit Interesse werde ich beobachten, mit welcher Wahrhaftigkeit Sie Ihren Wahlkampf beginnen wollen!

Interessant wäre noch der Grund für die unwahren Behauptungen in dem Entwurf des Wahlprogramms. Wurde hier absichtlich Unwahres hineingeschrieben in der Hoffnung, niemand würde das überprüfen? Oder waren die Autoren Opfer der eigenen Ideologie?

Für Rückfragen zu den Daten stehe ich Ihnen natürlich jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,

A handwritten signature in black ink, consisting of several stylized, overlapping loops and lines, likely representing the name of the sender.